



Eine Auswahl anstehender Dossiers

In der kommenden Woche tagt die 118. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen in Brüssel. An der Sitzung nehmen MdL Markus Töns und MdL Stefan Engstfeld teil. Wie bei jeder Plenarsitzung steht ein breiter Reigen an verschiedenen europapolitischen Dossiers zur finalen Abstimmung an. Auf der Tagesordnung stehen nach der Erstbehandlung in den jeweiligen Fachkommissionen nun unter anderem die nachfolgenden Dossiers:

„Stahlindustrie – Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa“

Die vom saarländischen AdR-Mitglied Ries eingebrachte Stellungnahme hebt die Bedeutung der Stahlindustrie und deren angespannte Situation hervor und schlägt Maßnahmen vor, so bspw. das Thema des Emissionshandels als ein umfangreicher Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlunternehmen.

„Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens“

Der AdR gibt frühzeitig eine Stellungnahme ab, die seine Position wiedergibt, die zahlreiche Forderungen aus lokaler und regionaler Sicht enthält, wie bspw. die Forderungen zur Obergrenze des MFR nach einer weiteren Flexibilisierung des Haushaltes, nach Abschaffung der Rückgabe von Haushaltsüberschüssen an die Mitgliedstaaten, nach Überprüfung der nationalen Kofinanzierungsätze oder zur Reformierung der Eigenmittel insbesondere durch Einführung neuer Eigenmittel.

„Entwurf des EU-Haushaltsplans 2017“

Mit dem Stellungnahmeentwurf wird die Bedeutung des Haushaltsverfahrens für den EU-Haushaltsplan 2017 im Hinblick auf den zeitlichen Zusammenhang mit der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens und die Bedeutung des Haushalts 2017 für die Festlegung der Ziele und Prioritäten der EU herausgestellt. Dabei beinhaltet der Entwurf im Wesentlichen Forderungen zur Höhe und der Struktur des

MFR und zur Mittelverwendung innerhalb der verschiedenen Fonds.

„Lebensmittelverschwendung“

In der Stellungnahme fordert der AdR die Kommission auf, einheitliche Definitionen, Terminologien und vergleichbare Indikatoren zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung für die EU auszuarbeiten und sich an internationalen Dialogen und Empfehlungen aktiv zu beteiligen. Zudem werden zahlreiche politische Maßnahmen sowie praktische Umsetzungsschritte in der Stellungnahme formuliert.

„Legislativvorschläge zur Änderung der Abfallrichtlinien“

Die Kommission kommt ihrer Verpflichtung zur Überprüfung der Abfallbewirtschaftungsziele nach und macht entsprechende Vorschläge dazu, die das Ziel verfolgen, die Umwelt zu schützen und eine stärker kreislaforientierte Wirtschaft zu schaffen. Dieser Ansatz wird grundsätzlich durch den AdR begrüßt.

„Beitrag des AdR zum Arbeitsprogramm 2017 der Europäischen Kommission“

In seiner Replik auf das Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 formuliert der AdR übergreifende Forderungen für zahlreiche Politikfelder, und zwar von den Bereichen Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Nachhaltigkeit bis hin zu Binnenmarkt, Handelspolitik und Migration. Grundtenor ist eine stärkere Einbeziehung des AdR sowie zahlreiche weitergehende Partikularforderungen.

„Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: lokale und regionale Präventionsmechanismen“

Der Stellungnahmeentwurf fasst in zahlreichen Punkten Forderungen zu den Aspekten Prävention, Intervention und Repression zusammen, um dadurch zu einer effektiveren Bekämpfung von gewaltbereiten Radikalisierungstendenzen zu gelangen, und zwar mittels europäischer und internationaler Zusammenarbeit.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



„Die Reaktion der EU auf die demografische Herausforderung“

Im Stellungnahmeentwurf stellt der AdR fest, dass die bisherige Antwort der EU auf die demografischen Herausforderungen nur

unvollständig ist und kaum ausgestaltet wurde. Vor diesem Hintergrund fordert der AdR, dass alle Ebenen der EU für die Thematik sensibilisiert werden und entsprechende weitergehende Schritte einzuleiten seien.